

Mit dem Radikalenerlass vor 50 Jahren begann eine Zeit, in der angehende Beamte aufgrund politischer Überzeugungen nicht angestellt wurden. Matthias Wietzer ist DKP-Mitglied und durfte zwölf Jahre nicht als Lehrer arbeiten. Bis heute leidet er an den Folgen.



„Meine Lebensplanung wurde zerstört“

VON YANNICK VON EISENHART ROTHE

HANNOVER. Matthias Wietzer war 27 Jahre alt, als ihn der Staat zum Verfassungsfeind erklärte. Als ungeeignet dafür, Kinder zu unterrichten. Mehr als 12 Jahre lang kämpfte er dafür, seinen Traumberuf Lehrer ausüben zu dürfen. Er war zwar erfolgreich, leidet aber bis heute unter den Folgen des Berufsverbots – auch finanziell. Grundlage dafür war der sogenannte Radikalenerlass, den die damalige Bundesregierung aus SPD und FDP am 28. Januar 1972 beschloss.

1978 wartet Wietzer darauf, eine Einladung zur Vereidigung als Beamter zu erhalten. Stattdessen erhält er eine Vorladung ins niedersächsische Innenministerium. Unter anderem wird ihm vorgeworfen, an Versammlungen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) teilgenommen und für diese kandidiert zu haben. Außerdem habe er 20 Mark an die Zeitung der DKP gespendet.

Diese Vorwürfe hat Wietzer nie bestritten, trotzdem nennt er sie „skandalös“. „Man sprach einerseits von freien Wahlen, auf der anderen Seite wurden Mitglieder von legalen Parteien bespitzelt, fotografiert und dann an der Berufsausübung gehindert. Das ist nicht mein Verständnis von Demokratie“, sagt Wietzer, der heute mit seiner Frau in Linden wohnt. Wietzer wirkt sachlich und nüchtern, wenn er erzählt. Spricht mit ruhiger Stimme lieber über Fakten als über

„Innerhalb der Schule hat die eigene parteipolitische Orientierung nichts zu suchen, egal, ob CDU oder DKP.“

MATTHIAS WIETZER

Gefühle. Wie akribisch er die Dokumente aus der Zeit seines Kampfes gegen das Berufsverbot archiviert hat und wie genau er sich an alles erinnert, zeugt aber davon, wie sehr ihn das Ganze auch Jahrzehnte später noch beschäftigt.

Dass seine politische Einstellung für ihn zum Problem werden könnte, wurde Wietzer schon während des Studiums in Göttingen klar. Er hatte sich schon früh für Marxismus interessiert, der Vietnamkrieg politisierte ihn weiter, er wurde Teil der Studentenbewegung. 1973 trat er in die DKP ein, deren Mitglied er bis heute ist. „Mir ging es vor allem darum, mich für Frieden einzusetzen“, sagt er.

Als er im gleichen Jahr auf dem Marktplatz in Göttingen Spenden für Vietnam sammelte, habe er seine Brille abgenommen und seine

langen Haare im Rollkragenpulli versteckt, sagt er. „Ich wusste, dass ich vom Verfassungsschutz fotografiert werde.“ Dieses Versteckspiel habe er aber bald aufgegeben. „In einer Demokratie ist es wichtig, hat und wie genau er sich an alles erinnert, zeugt aber davon, wie sehr ihn das Ganze auch Jahrzehnte später noch beschäftigt.“

Und so findet er sich ein paar Jahre später im kleinen Sitzungssaal des Innenministeriums in Hannover wieder. „Anhörung ist ein beschönigendes Wort, das was ein Inquisitionsverfahren“, sagt Wietzer. Dreieinhalb Stunden sei er von Juristen ausgequetscht worden.

Laut einem Gedächtnisprotokoll, das Wietzer bis heute aufgehoben hat, wird er mehrmals gefragt, ob er an Versammlungen der DKP teilgenommen habe und ob er Mitglied sei. Ersteres räumt er ein, auf Letzteres antwortet er, dass er die Frage für verfassungswidrig halte. Er beteuert seine Verfassungstreue und verurteilt die Taten der RAF-Terroristen. Trotzdem ist wenig später klar, dass er kein Lehrer werden darf.

Es folgen Jahre der Unsicherheit. „Meine Lebensplanung wurde zerstört“, sagt Wietzer. Er wechselt zwischen Gelegenheitsjobs und Arbeitslosigkeit. Zwei Jahre lang sitzt er für die DKP im Rat der Stadt Hannover. Trotzdem will er unbedingt Lehrer werden. „Es war mein Traumberuf“, sagt er. Noch viel mehr geht es ihm aber um Gerechtigkeit. Insgesamt fünf Gerichtsprozesse führt er, alle erfolglos.

In seinem Kampf ist Wietzer damals nicht alleine. Auch in der Gesellschaft gibt es Widerstand gegen die Berufsverbote. 1980 schaltet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine Zeitungsanzeige, die Wietzers Einstellung als Lehrer fordert. Hunderte Unterstützerinnen und Unterstützer haben sie unterzeichnet. Darunter auch: der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD).

Schröder ist es schließlich auch, der die Berufsverbotspraxis in Niedersachsen nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 1990 abschafft. 1991 wird Wietzer an der Brinker Schule Langenhagen angestellt, ein Jahr später auf Lebenszeit verbeamtet. Dort bleibt er bis zum Eintritt in den Ruhestand 2014. Er blickt gerne auf seine Zeit als Lehrer zurück. Die Zeit seines Berufsverbotes oder sein Engagement in der DKP habe im Unterricht nie eine Rolle gespielt, sagt er. „Innerhalb der Schule hat die eigene parteipolitische Orientierung nichts zu suchen, egal, ob CDU oder DKP.“

Heute ist Wietzer 70 Jahre alt – und kämpft immer noch. Und zwar für finanzielle Entschädigung. Wegen der gut 12 Jahre, die er nicht arbeiten durfte, ist seine Pension um hunderte Euro niedriger. 2017 sprach der niedersächsische Landtag Betroffenen des Radikalenerlasses sein Bedauern aus und beauftragte eine Kommission, die Folgen aufzuarbeiten. Eine finanzielle Rehabilitation gibt es aber bis heute nicht.

„Finanziell geht es mir persönlich nicht schlecht, es geht aber um die Anerkennung des Unrechts.“

WILL DIE ANERKENNUNG DES UNRECHTS: Matthias Wietzer durfte wegen des Radikalenerlasses zunächst nicht als Lehrer arbeiten. Foto: Heusel

Außerdem leben nicht wenige der Betroffenen in oder am Rande der Altersarmut“, sagt Wietzer. Mehrere Briefe an Ministerpräsident Stephan Weil und Innenminister Boris Pistorius waren bisher erfolglos, sein Anliegen wurde mit Hinweis auf eine fehlende Rechtsgrundlage abgelehnt.

Wietzer hat noch ein weiteres Anliegen: Und zwar, dass so etwas wie der Radikalenerlass nicht noch einmal passiert. Genau die Gefahr sieht er aber gerade, weil zum Beispiel Brandenburg plant, Beamte auf Verfassungstreue zu überprüfen. Auch im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist vorgesehen, „Verfassungsfeinde schneller als bisher“ aus dem Dienst zu entfernen.

„Das sind sehr gefährliche Tendenzen“, sagt Wietzer. Auch die Argumentation, dass so Rechtsextremismus in Polizei und Bundeswehr besser bekämpft werden könnte, lässt er nicht gelten. Dafür reiche seiner Meinung nach Grundgesetz, Straf- und Disziplinarrecht, das konsequent angewendet werden müsse. „Vor 50 Jahren hätte Brecht nicht Deutschlehrer und Picasso nicht Kunstlehrer werden dürfen. Diesen Fehler darf man nicht wiederholen.“, sagt Wietzer.

„Vor 50 Jahren hätte Brecht nicht Deutschlehrer und Picasso nicht Kunstlehrer werden dürfen. Diesen Fehler darf man nicht wiederholen.“

MATTHIAS WIETZER



GEMEINSAMER PROTEST: Das Bild zeigt Wietzer (links) gemeinsam mit anderen Betroffenen bei einer Demonstration 1978 vor dem Opernhaus in Hannover. Foto: privat



UNTERSTÜTZUNG: 1980 erschien diese Zeitungsanzeige in Solidarität mit Matthias Wietzer. Einer der Unterzeichner: der damalige Bundestagsabgeordnete und spätere Kanzler Gerhard Schröder.

50 JAHRE RADIKALERERLASS

Der Radikalenerlass – auch Extremistenbeschluss genannt – wurde am 28. Januar 1972 von der Bundesregierung aus SPD und FDP unter Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedet. Er sah vor, dass Bewerberinnen und Bewerber für den Öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue durchleuchtet werden. Auch über Menschen, die schon Beamtentatstatus hatten, konnten sogenannte Regelanfragen beim Verfassungsschutz gestellt werden, um zu überprüfen, ob Informationen über sie vorlagen.

Im Bund wurde der Erlass 1976 wieder aufgehoben, die Bundesländer wendeten ihn aber wesent-

lich länger an. In Niedersachsen wurden bis zur Abschaffung 1990 etwa 172.000 Regelanfragen gestellt, mehr als 130 Menschen wurden aus dem Landesdienst entfernt oder gar nicht erst angenommen. Obwohl der Beschluss sich offiziell gegen Rechts- und Linksextremismus richtete, traf er in der Praxis überwiegend Menschen, die sich in legalen linken Gruppierungen aktiv waren.

1995 gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der betroffenen Lehrerin Dorothea Vogt recht und urteilte, dass die Berufsverbote gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstießen. yer

TEMPUR®

FUNDGRUBE

Begrenzte Stückzahl +++ Auslauf- und Musterteile +++ Restanten

Eine TEMPUR®-Matratze ist einzigartig! Sie passt sich beim Schlafen an Ihren Körper an, ist soft, wo sie nachgeben soll – und fest, wo sie unterstützen muss. So wachen Sie entspannt auf und sind bereit für den neuen Tag.

Coronatest direkt vor unserer Tür!

Corona15.DE
Wir freuen uns auf Sie!

Corona15.DE hat eine Teststation direkt vor unserer Tür. Unsere Öffnungszeiten: **MO-SA 9:30 - 18:00 Uhr**

Parkplätze vor dem Haus

Linie 6: Haltestelle Krepfenstraße

Individuelle Beratung auch per Telefon oder Mail: **0511/35 39 98-0**
info@soltendieck.de

Tägliche Anlieferung

Knallerangebot:

1x TEMPUR Matratze „Original Elite 25“ (angeschmutzt), 180/220 **4.538,-**

2x TEMPUR Tellerrahmen Flex 1000, 90/220 je **928,-**

SET-Preis gesamt ~~6.394,-~~ 1.590,-

3x TEMPUR Matratze „Cloud 19“ 100/200 **1.098,-** **500,-***

2x TEMPUR Matratze „Original Luxe 30“ 100/200 **2.848,-** **850,-***

2x TEMPUR Matratze „Sensation Luxe 30“ 90/200 **1.998,-** **850,-***

3x TEMPUR Matratze „Original Luxe 30“ 90/200 **1.998,-** **850,-***

1x TEMPUR Matratze „Sensation Prima 19“ 140/200 **1.989,-** **890,-**

2x TEMPUR Matratze „Original 19“ 180/200 **2.298,-** **1.190,-***

* Preis gilt pro Artikel

Betten-CENTER SOLTENDIECK

Betten-CENTER Soltendieck GmbH · Schulenburger Landstr. 109/111 · 30165 Hannover · www.soltendieck.de